



EVELYN REGNER

Schwerpunkte meiner Arbeit im EU-Parlament

S&D

Egal ob Online-Riese oder Würstlstand: Steuern müssen alle zahlen

Panama-Papers, Lux-Leaks oder zuletzt CumEx, die Steuerskandale der letzten Jahre zeigen wie trickreich Großkonzerne den eigenen Beitrag am Sozialsystem klein halten. Der Großteil von uns bezahlt ganz selbstverständlich seine Steuern, während aber die Top-Anwälte der großen Konzerne nach jedem Schlupfloch suchen. Sie verschieben Gewinne in Sekundenbruchteilen über den Globus und verstecken Bilanzen hinter dubiosen Firmenkonstruktionen. So entgehen den Staaten jedes Jahr Milliarden Euro an Einnahmen. Geld das in unseren Schulen, Krankenhäusern und Bahnhöfen fehlt. Es braucht ein umfassendes Maßnahmenpaket, damit endlich alle einen fairen Beitrag leisten.

- Ohne mutige AufdeckerInnen wäre ein Großteil der Skandale nie bekannt geworden - **Whistleblower müssen durch EU-weite gesetzliche Regelung geschützt werden**
- Transparenz kann Steuersümpfe austrocknen - **Unternehmen sollen der Öffentlichkeit berichten, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften und wo sie ihre Steuern zahlen**
- **Steuern müssen dort bezahlt werden, wo die Gewinne erwirtschaftet werden** - diese Fairness ist mit einer einheitlichen EU-Körperschaftssteuer möglich
- **Internetkonzerne** müssen auch endlich Steuern zahlen! Deswegen muss die **Digitale Betriebsstätte** ins Steuerrecht Einzug finden.
- Um Steuer- und Sozialdumping die Grundlage zu entziehen müssen wir **Briefkastenfirmen in ganz Europa verbieten**
- **Moderne Reformen gegen Steuervermeidung und -dumping**: Digitalsteuer, öffentliche Konzernsteuererklärung, EU-Körperschaftssteuer, Mindeststeuersätze;

Ein Binnenmarkt der für alle funktioniert - Schluss mit Lohn- und Sozialdumping

Wir profitieren von der Freiheit in der gesamten EU leben, arbeiten und studieren zu können. Für viele Beschäftigte bedeutet es aber auch, monatelanges Arbeiten weit weg von zuhause, für einen Hungerlohn und ohne angemessene soziale Absicherung. Die großen Lohnunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten öffnen Missbrauch und Sozialdumping Tür und Tor. Ein gemeinsamer Markt braucht auch gemeinsame soziale Regeln. Die Neuverhandlung der Entsenderichtlinie war einer der größten sozialdemokratischen Erfolge dieser Legislaturperiode - „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“, nur wenn dieses Prinzip gilt, schützen wir ArbeitnehmerInnen vor den Schattenseiten des Binnenmarkts.

- Regeln, die nicht kontrolliert werden, nützen nichts. Wir brauchen eine europäische **Arbeitsmarktbehörde mit echten Durchgriffsrechten** um Missbrauch von ArbeitnehmerInnen abzustellen. Der Sitz soll am besten in Österreich sein, weil wir im Zentrum von Lohn- und Sozialdumping sind.

Die Macht der Konzerne brechen - Europa muss sozial werden

Vor einem Jahr hat sich die EU beim Sozialgipfel in Göteborg einen Fahrplan für ein sozialeres Europa gegeben. Bisher sind aber nur schöne Überschriften geblieben. Dabei müssen soziale Grundrechte endlich europäisch abgesichert werden. Konzerne profitieren, wenn Europa schwach ist. Sie lagern ihre Briefkästen nach Panama aus, holen billige Arbeitskräfte aus Osteuropa und schicken die Steuererklärung an das niederländische Finanzamt. Dabei ist die EU der größte Wirtschaftsraum der Welt. Gemeinsam haben wir die Kraft, den großen Konzernen klare Regeln vorzugeben. Hohe Schutzstandards, sozialpartnerschaftlicher Dialog und ein starkes soziales Netz sind Grundlage des wirtschaftlichen Erfolgs, nicht dessen Gegner.

- Ein **Rahmengesetz für menschenwürdige Arbeitsverhältnisse in ganz Europa**, besonders auch für die prekären Jobs der digitalen Plattformökonomie - soziale Absicherung, Verbot von unbezahlten Praktika und Nullstunden-Verträgen, angemessene Mindestentlohnung
- **Europäische Kindegarantie**: Zugang zu kostenloser Gesundheitsversorgung, Garantie von Betreuung und Unterkunft sowie für qualitätsvolle Aus- und Weiterbildungsangebote bzw. Beruf oder Praktikum
- **Nachhaltige Investitionen in die Zukunft, also Bildung, Infrastruktur, Kinderversorgung** etc. müssen gefördert und von den strengen Defizitregeln ausgenommen werden
- Ausreichende Mittel um **Globalisierung und deren Folgen gerecht zu gestalten** - Umschulungen, soziale Inklusion, Jobsuche, digitale Skills;
- **Sukzessive Angleichung der Sozialniveaus nach oben** anstatt nach unten, um den Wohlstand in Europa für die Zukunft sichern. Um das zu erreichen müssen **soziale Grundrechte endgültig Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen** erhalten.

Die EU von Morgen ist: Jünger, gerechter, WEIBLICHER

Jeden zweiten Tag werden in Europa sieben Frauen getötet und jede dritte Frau wird mindestens einmal im Leben Opfer körperlicher und/oder sexueller Gewalt. Frauen haben es viel schwerer beruflich aufzusteigen und verdienen deutlich weniger als Männer. Sie sind mit Familie und Job doppelt und dreifach belastet und deshalb viel öfter von Altersarmut betroffen. Wir sehen, in fast allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen muss sich für Frauen noch viel ändern. Als Feministin kämpfe ich dafür, dass wir mit der europäischen Frauenpolitik im 21. Jahrhundert ankommen. Die Zukunft der EU ist weiblich und die EU ist der Motor für die Gleichstellung der Geschlechter.

- Istanbul-Konvention verbindlich umsetzen - **Maßnahmen gegen häusliche Gewalt und Stärkung der sexuellen Selbstbestimmung**
- Work/Life-Balance-Richtlinie soll **Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben verbessern** - gerade Frauen sind hier doppelt und dreifach belastet durch Haushalt, Job, Kinderbetreuung und Pflege
- in den **aktuellen EU-Budgetverhandlungen Maßnahmen zur Gleichstellung von Männern und Frauen umsetzen**
- das **Lohngefälle zwischen Frauen und Männern** muss EU-weit beseitigt werden